

Von CCS bis Wasserstoff – die erstaunlichen Zugeständnisse der Grünen

Welt, 25.11.2021, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus235275472/Koalitionsvertrag-CCS-bis-Wasserstoff-die-Zugestaendnisse-der-Gruenen.html>

Mitglieder der Umweltschutzorganisation Greenpeace demonstrieren mit den drei Affen (nichts sehen, nichts hören, nichts sagen) vor dem Reichstag. Die Affen stehen jeweils für die Parteien der Ampelregierung. Mit der Aktion fordert Greenpeace von der künftigen Regierungsmehrheit im Deutschen Bundestag konkretere Maßnahmen bei den Koalitionsverhandlungen zum Klimaschutz. +++ dpa-Bildfunk +++

Schneller mehr Ökostrom: Das neue 80-Prozent-Ziel trägt die Handschrift der Grünen. Doch an vielen Stellen des Koalitionsvertrages hat sich die Partei realpolitischen Zwängen gebeugt. Viele Zugeständnisse sind bemerkenswert. Wie etwa die Rolle rückwärts beim Klimaschutzgesetz.

Der Koalitionsvertrag der Ampelparteien ist in seinem energiepolitischen Part weniger stark von den Grünen beeinflusst, als zu erwarten gewesen wäre. Zwar werden jetzt anspruchsvollere Fernziele für Ökostrom, E-Mobilität und Wärmewende formuliert.

Doch bei den unmittelbar wirkenden Instrumenten hat die Ökopartei eine ganze Reihe von Standpunkten aufgegeben, die sie zuvor lange hart verteidigt hatte. Die Anspruchshaltung der Oppositionspartei ist beim Wechsel in die Verantwortung offenbar schnell der Einsicht in realpolitische Notwendigkeiten gewichen.

Das zeigt sich etwa beim großen Zukunftsthema Wasserstoff. Bislang hatten sich die meisten Klimalobbyisten vehement gegen die Nutzung von sogenanntem blauem Wasserstoff ausgesprochen. Der wird aus Erdgas hergestellt und mithilfe der CO₂-Abscheidung klimaneutral gemacht.

Dabei hatten wortführende Umweltaktivisten ebenso wie das SPD-geführte Umweltministerium „blauen“ Wasserstoff stets abgelehnt: Nur „grüner“ Wasserstoff, der durch Elektrolyse mithilfe von Ökostrom hergestellt wird, dürfe im deutschen Energiemix einen Platz haben. „Wasserstoff? Ja, aber grün“, formulierte Oliver Krischer, Fraktionsvize der Grünen, die Haltung seiner Partei.

Aber jetzt erkennen die Koalitionspartner gemeinsam an, dass auf viele Jahre hinaus nicht genügend grüner Wasserstoff zur Verfügung stehen wird – und die viel billigere blaue Variante daher nicht länger ausgeschlossen werden darf. „Für einen schnellen Hochlauf und bis zu einer günstigen Versorgung mit grünem Wasserstoff setzen wir auf eine Technologie-offene Ausgestaltung der Wasserstoffregulatorik“, heißt es verklausuliert im Koalitionsvertrag – mit Zustimmung der Grünen.

Auch die von Umweltverbänden oft erhobene Forderung, der knappe grüne Wasserstoff dürfe als teurer „Champagner der Energiewende“ nicht in Heizungen oder Pkw-Motoren verfeuert werden, haben die Grünen im Koalitionsvertrag nicht durchgesetzt. Im Gegenteil: „Wir wollen den Einsatz von Wasserstoff nicht auf bestimmte Anwendungsfelder begrenzen“, heißt es dort jetzt.

CCS galt bei Grünen als teuflisch

Nur als Empfehlung wird nachgeschoben, der Brennstoff „sollte“ vorrangig in Bereichen eingesetzt werden, die nicht so leicht direkt zu elektrifizieren sind. Ein weiterer Punkt, der von hartleibigen Klimaschutzaktivisten nicht goutiert werden dürfte.

Es gibt weitere Beispiele. So war auch die unterirdische Verpressung von CO₂ den Grünen stets teuflisch. Mit aktiver Unterstützung der Ökopartei hatten Umweltaktivisten vor Jahren massive Bürgerproteste in ganz Deutschland angeführt, die keine Treibhausgas-Deponien im Untergrund zulassen wollten.

Unter dem Druck der Öffentlichkeit erließ die Bundesregierung mit dem sogenannten CCS-Gesetz schließlich sogar ein faktisches Verbot für die geologische Kohlendioxid-speicherung, Carbon Capture and Storage genannt.

Jetzt, selbst an der Regierung, legen die Grünen der CO₂-Abscheidungstechnik keine Steine mehr in den Weg. Verklausuliert, aber für den Fachmann deutlich, steht im Koalitionsvertrag: „Wir bekennen uns zur Notwendigkeit auch von technischen Negativemissionen.“ Gemeint und legitimiert ist damit nichts anderes als die in Ökokreisen verpönte CCS-Technologie.

Die professionelle Umweltschutzszene kann sich in zahlreichen anderen energiepolitischen Ankündigungen des Koalitionsvertrags nicht recht wiederfinden. So galt der Europäische Emissionshandel als Klimaschutzinstrument vielen als wirkungslos – doch jetzt steht er im Zentrum des Kapitels zum Kohleausstieg, der mit diesem Instrument „idealerweise“ auf 2030 vorgezogen werden soll.

Der Fahrzeugpark der Verhandler steht vor der Pressekonferenz zur Vorstellung des gemeinsamen Koalitionsvertrags der Ampel-Parteien von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP für die künftige Bundesregierung im Westhafen.

Gefeiert hatte man in der Umweltszene auch unlängst noch das deutsche „Klimaschutzgesetz“ KSG aus der Feder der scheidenden Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD). Das Gesetz gilt Klimaschützern als erfreulich scharf, weil es die jeweils zuständigen Bundesministerien zu Sofortmaßnahmen verpflichtet, sobald ein volkswirtschaftlicher Sektor von seinem jahresscharf vorgegebenen CO₂-Budget auch nur geringfügig abweicht.

Doch dass ein Regieren mit aktionistischen, kurzfristig verhängten Sofortmaßnahmen ineffektiv, zumindest aber übertrieben teuer wird, dämmerte den sozialdemokratischen Verhandlern jetzt ebenso wie den grünen: Künftig, so heißt es jetzt im Koalitionsvertrag, werde man die Einhaltung der Klimaziele anhand einer „mehrjährigen Gesamtrechnung“ überprüfen. Die große Neuerung der Ministerin Schulze – die jahresscharfen CO₂-Obergrenzen für Industrie-, Verkehr, Bau-, Land- und Energiewirtschaft – dürften damit bald wieder Geschichte sein.

Gaskraftwerke dürfen noch bis 2045 laufen

Aufgegeben wurde offenbar in letzter Minute in den Koalitionsverhandlungen die Grünen-Forderung, ein festes Abschaltdatum für Gaskraftwerke aufzunehmen. Stattdessen findet sich jetzt im Vertrag ein festes Bekenntnis dazu, dass man

einstweilen auf den Neubau von Gaskraftwerken angewiesen sei, um den Kohleausstieg parallel zum Atomausstieg bewältigen zu können.

Als Enddatum der Gasnutzung, sowohl im Bereich Kraftwerke als auch im Heizungsbereich, steht das Jahr 2045 im Koalitionsvertrag. Das aber ist keine große Überraschung, weil es ohnehin bereits offizielles deutsches Politikziel ist, bis zu diesem Jahr die Emissionen komplett auf netto null zu senken, was vereinfacht bedeutet, die Emissionen eines Landes auch mithilfe von natürlichen und technischen CO₂-Speichern auf null zu senken – ohne dass die natürlichen Emissionsquellen in der Berechnung berücksichtigt werden.

Jenseits der Zugeständnisse bei Einzeltechnologien zeigt die Ampel-Koalition das große Versprechen eines klimapolitischen Aufbruchs vor allem im Aufstellen neuer Planzahlen. Das bisherige Ziel eines Ökostromanteils von 65 Prozent im Jahr 2030 wurde – dem Vernehmen nach auf Wunsch der Grünen – nun durch ein 80-Prozent-Ziel ersetzt.

Durch die Abschaffung der EEG-Umlage soll die Stromrechnung der Verbraucher dabei sinken. Gefördert werden Ökostromproduzenten künftig direkt aus dem Bundeshaushalt sowie aus dem Energie- und Klimafonds, einer Art Schattenhaushalt, der sich aus den staatlichen Einnahmen der CO₂-Abgaben speist.

Schnelle Genehmigungsverfahren für Stromtrassen, Wind- und Solarparks sowie günstigere Bedingungen für Stromspeicher versprechen die Koalitionäre dafür. Da die Planer inzwischen allerdings erwarten, dass der deutsche Strombedarf bis 2030 um ein Drittel steigt, dürfte das 80-Prozent-Ziel – wenn überhaupt – nur mit einer historisch beispiellosen Kraftanstrengung zu erreichen sein.

Turbo für die Offshore-Windkraft

Hatte es 20 Jahre gedauert, die Leistung der Solaranlagen in Deutschland auf 60 Gigawatt zu steigern, soll jetzt innerhalb von acht Jahren eine weitere Verdreifachung auf 200 Gigawatt gelingen.

Mit diesem „Turbo“ könne „die gewaltige Klimaschutz- und Ökoenergie-Lücke in letzter Minute noch geschlossen werden“, frohlockt Carsten Körnig, Chef des Sonnenstrom-Verbandes BSW: „Als überaus beliebte, preiswerte und schnell skalierbare Energieform wird die Solarenergie den entscheidenden Ausschlag geben, ob die erfreulichen Regierungsziele insgesamt erreicht werden und die Klimaschutzampel auf Grün springt.“

Da im Winter die Sonne allerdings kaum und nachts gar nicht scheint, plant die Koalition auch den massiven Ausbau der Windkraft. An Land müssten ab sofort zwischen 25 und 38 Windräder pro Woche errichtet werden, im vergangenen Jahr hatte man wöchentlich nur acht geschafft, rechnet Kerstin Andreae vor. Die Chefin des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), früher selbst führende Grünen-Politikerin, hält das Ökostromziel der neuen Regierung deshalb für „sehr ambitioniert“.

Aber damit nicht genug: Auch die Kapazität der Meereswindparks in Nord- und Ostsee soll in den nächsten acht Jahren von aktuell 7,7 auf 30 Gigawatt vervierfacht

werden. Bis 2045 strebt die Ampel-Koalition gar Meereswindparks mit 70 Gigawatt an, was der installierten Leistung von 70 Atomkraftwerken entspricht.

Die Ausbauziele übertreffen die kühnsten Erwartungen der Offshore-Windbranche – und die ärgsten Befürchtungen der Vogelschützer. Die Stiftung Offshore Windenergie hatte noch im September in einer Potenzialanalyse ermittelt, dass 60 Gigawatt auf hoher See möglich sind, „wenn alle verfügbaren Möglichkeiten genutzt werden.“

Der Verlierer steht fest: Naturschutz

Jetzt legen die Ampel-Koalitionäre auf diesen Maximalwert schlanker Hand noch mal zehn Gigawatt obendrauf. Das entspricht 1000 weiteren Windmühlen der gigantischen Zehn-Megawatt-Klasse mit einer Höhe von 250 Metern.

Zwar verspricht die Ampel-Regierung in einem anderen Kapitel auch Maßnahmen zum Meeresschutz. Doch wo zwischen den geplanten 5000 bis 7000 gigantischen Windrädern in der Nordsee noch Platz für Naturschutz bleibt, ist offen. „Alles, was sich Gutes im Kapitel Meeresschutz findet, wird durch das 70-Gigawatt-Ziel konterkariert“, graust es Kim Detloff, Leiter Meeresschutz des Naturschutzbundes Deutschland (Nabu): „Bitter, was von der naturverträglichen Energiewende bleibt.“

Solche Konflikte zwischen Klimaschutz und Naturschutz zu klären wird künftig eine innerparteiliche Aufgabe der Grünen. Denn sowohl das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz als auch das Bundesministerium für Umwelt und Naturschutz wird künftig von Grünen geführt.

Dass Naturschützer in diesem Zwist wohl häufiger die Verlierer sein dürften, leitet sich aus dem Wortlaut des Koalitionsvertrags bereits ab. Dort heißt es: „Die Klimaschutzziele von Paris zu erreichen hat für uns oberste Priorität.“